

## Die Kartoffelfrage in Charlottenburg.

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung wurde zunächst ohne jede Erörterung beschlossen, den Ergänzungswahlen im Herbst die Wählerlisten vom Vorjahr zugrunde zu legen. Die Vorbereitung der Wahl eines Stadtrats an Stelle des nach Halle zum Bürgermeister gewählten Stadtrats Seydel wurde dem Ausschuß überwiesen, der schon mit der Wahlvorbereitung für einen anderen Stadtratsposten beschäftigt ist. Stadtv. Wölmer (lib.) gab die Anregung, die Stelle gegebenen Falles auszuschreiben.

Eine Dringlichkeitsanfrage hatte die sozialdemokratische Fraktion eingebracht, sie wünschte zu erfahren, was der Magistrat getan habe oder zu tun gedenke, um die in der Stadt herrschende Kartoffelnot zu beseitigen. Stadtrat Gottstein antwortete: Der Preis der neuen Kartoffeln sei allerdings außergewöhnlich hoch. Die Stadt besitze noch ausreichende Mengen alter Kartoffeln, mit denen die Händler, die Lazarette und die Wohltätigkeitsanstalten weiter versorgt würden. Noch heute seien über 100 Zentner Kartoffeln verkauft worden, und der Magistrat beabsichtige, noch weiterhin Kartoffeln zu verkaufen. Stadtv. Dr. Borchardt (Soz.) erklärte sich angesichts der Umstände mit dieser Erklärung einverstanden.

\*

In der Wilmersdorfer Stadtverordneten-Versammlung lagen gestern mehrere Anträge der „Freien Vereinigung“ über die Lebensmittelpreiserhöhung vor. Der erste war eine Anfrage an den Magistrat, ob er bereit sei, Maßnahmen zu ergreifen, um dem Lebensmittelpreiswucher in Wilmersdorf entgegenzuwirken. Zweitens wurde der Magistrat um einen Bericht über die Geschäftsführung der städtischen Fleisch- und Fischhalle während der letzten sechs Monate ersucht. Ein weiterer Antrag erbat besondere schnelle Vorkehrungen, die den hohen Preisen von Gemüse und Obst entgegenwirken. Die Anträge waren leider erst zur Sitzung eingereicht worden, so daß eine Behandlung und öffentliche Begründung gestern nicht möglich war. Der erste Antrag wurde übrigens im Hinblick auf die bevorstehende Bundesratsverordnung gegen die hohen Lebensmittelpreise wieder zurückgezogen. Es wurde dann noch gemäß einer Anregung des Regierungspräsidenten eine Aenderung der neuen Satzung der Sparkasse beschlossen sowie dem Magistratsantrage zugestimmt, für das Jahr 1915 von der Neuaufstellung der Wählerlisten abzusehen.